



# HESSISCHER RECHNUNGSHOF

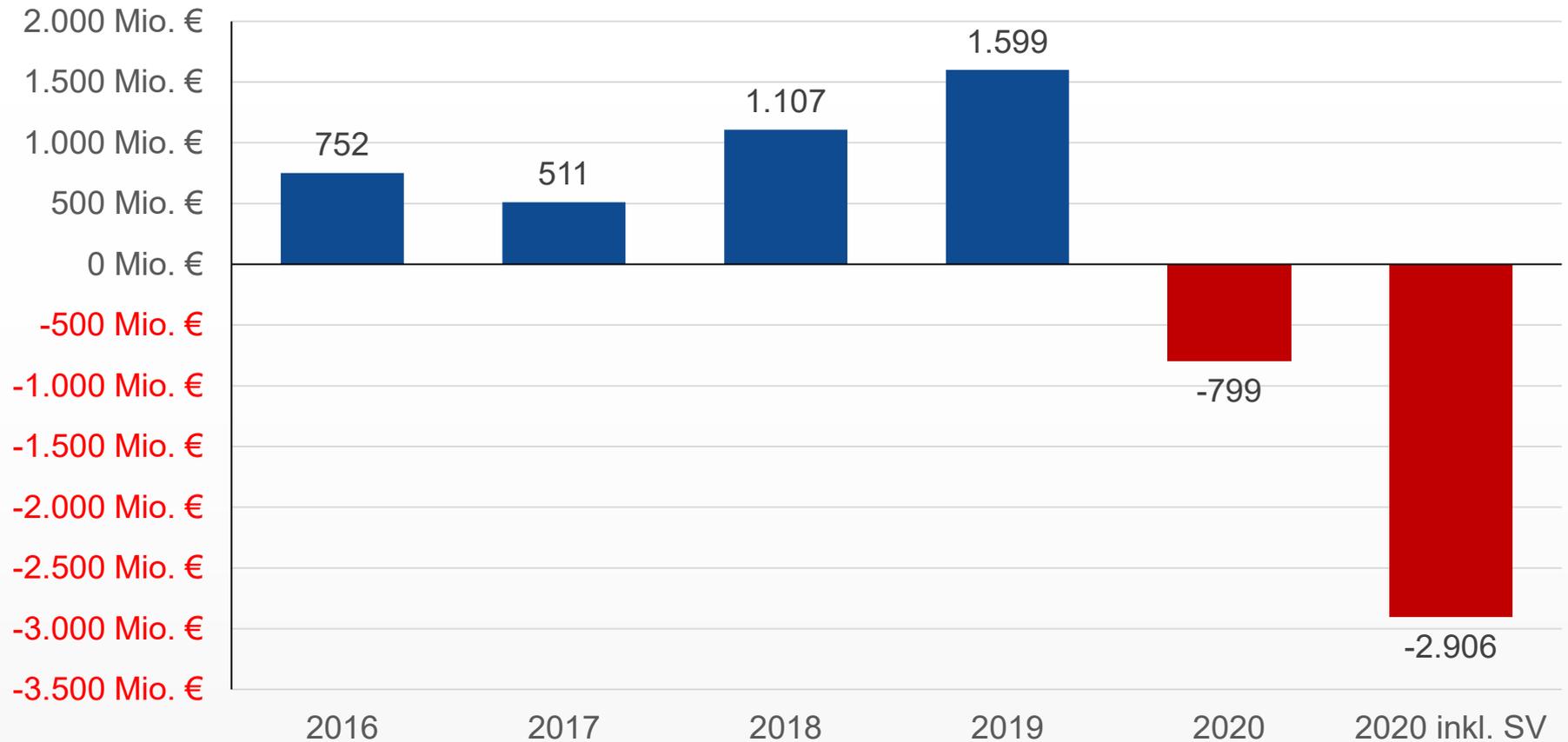
## Bemerkungen 2020

### Haushalt(en) in der Krise

Landespressekonferenz am 17. März 2022  
Präsident Dr. Walter Wallmann

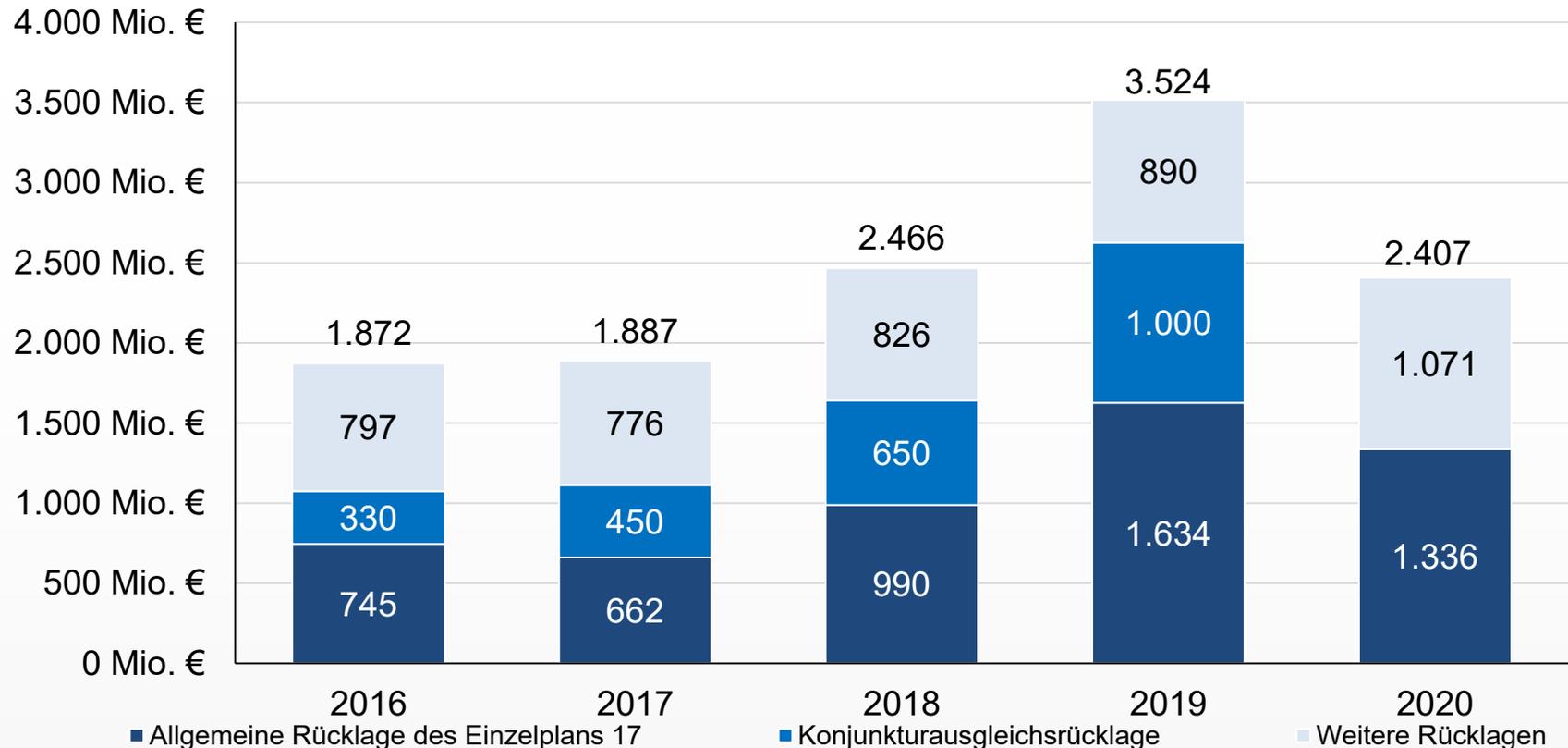
# Finanzierungssaldo von 2016 bis 2020

Entwicklung des Landeshaushalts



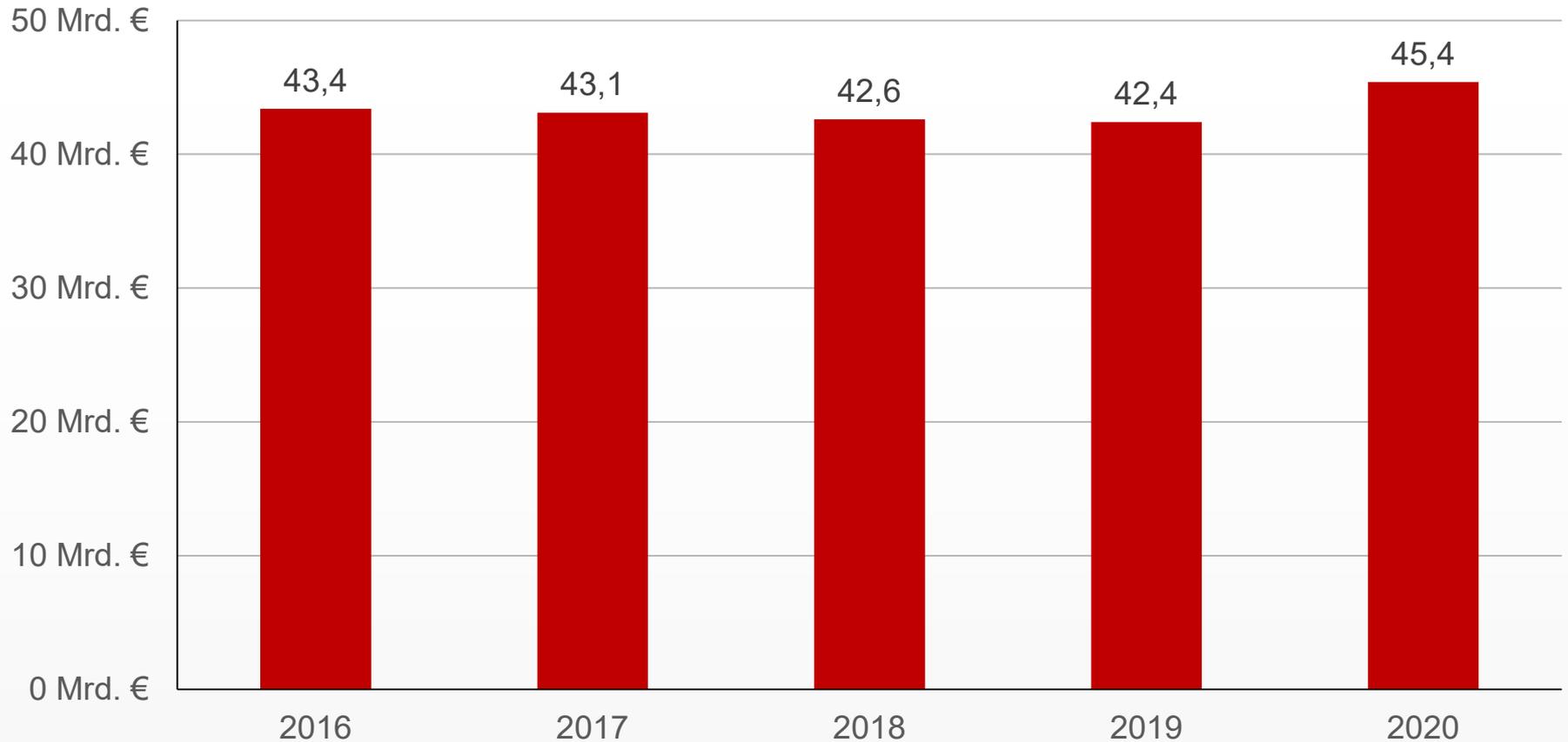
# Entwicklung der Rücklagen von 2016 bis 2020

## Entwicklung des Landeshaushalts



# Entwicklung der Haushaltsschulden von 2016 bis 2020

## Entwicklung des Landeshaushalts



# Corona-Sondervermögen

- Corona-Sondervermögen: bis zu 12 Mrd. Euro über 3,5 Jahre
- 2020: 2,75 Mrd. Euro Notlagenkredite aufgenommen
- Krisenbedingte Ausgaben hätten mit weniger Krediten finanziert werden können: Allgemeine Rücklage von 1,3 Mrd. Euro hätte stärker verwendet werden können
- 2021: Staatsgerichtshof hat Corona-Sondervermögen für verfassungswidrig erklärt – allerdings nicht für nichtig
- 2022: Corona-Sondervermögen aufgelöst, Corona-Maßnahmen werden künftig aus dem Kernhaushalt finanziert

# Wachpolizei

Finanzieller Vorteil entfallen, aber nur eingeschränkt einsetzbar

- Kostenvorteil der Wachpolizei ist mittlerweile entfallen
  - Wachpolizistinnen und -polizisten sind nur eingeschränkt einsetzbar
  - Einsatz ist insbesondere bei erheblicher Gefährdung ausgeschlossen
- Land sollte sukzessive Wiedereinführung des mittleren Polizeidienstes prüfen



POLIZEI



# Veterinärverwaltung

Überwachung verbessern, Lebensmittelsicherheit erhöhen

- Zu wenig Kontrollen – jede 4. Kontrolle fiel 2018 aus
  - In einem Fall nur rund 17 % der vorgesehenen Kontrollen umgesetzt
- Kommunale Kontrolleure sollten entlastet werden
- Probenentnahmen sollten auf Landeslabor übertragen werden



© AlexRaths/iStock

# Studierendenwerke

Hohe Rücklagen, aber zu wenig Wohnheimplätze



- Hohe Rücklagen ohne konkrete Planungen
- Teilweise Negativzinsen
- Planungen erstellen und Rücklagen hinterfragen
- Insgesamt zu wenig Wohnheimplätze – insb. im Ballungsraum
- Vorgabe 10 % nicht erfüllt
- mehr geförderte Wohnheimplätze bauen

# IT-Fachverfahren der Justiz

verspätet und deutlich teurer!

- eJustice-Programm: Projektlaufzeit hat sich fast verdoppelt; deutliche Kostensteigerung um über 350 Prozent: von 37 Millionen Euro auf 168 Millionen Euro
- Papierakte immer noch führend: ca. 450 000 Dokumente mussten 2019 ausgedruckt werden
- Entlastung erst mit E-Akten-Einführung

# Paradigmenwechsel finanzieren

- Außergewöhnliche Zeiten führen aktuell und künftig zu einem hohen Finanzbedarf
- Staat muss Aufgaben und Finanzmittel priorisieren
- Ressourcen freimachen für die anstehenden Herausforderungen
- Paradigmenwechsel erfolgreich gestalten

